

SEHNDE

NOTDIENSTE

APOTHEKEN

SAMSTAG

ARPKE Apotheke am Bahnhof
Tel. (05175) 1457, Hauptstraße 1:
9-9 Uhr
BURGDORF Löwen-Apotheke
Tel. (05136) 2235, Spittaplatz 7:
9-9 Uhr

SONNTAG

BURGDORF Neustadt-Apotheke
Tel. (05136) 5278, Hannoversche
Neustadt 49: 9-9 Uhr
LEHRTE Rats-Apotheke
Tel. (05132) 2492,
Bahnhofstraße 17: 9-9 Uhr

TIERÄRZTE

LEHRTE Dr. v. Witzendorff
Tel. (05132) 57575: Sa., So. 6-6 Uhr

Ärzte: Burgdorf, Lehrte, Sehnde, Uetze: Ambulanter Bereitschaftsdienst im Klinikum Lehrte, Manskestraße 22, von 19 bis 21 Uhr, Telefon 116 117.

Ärztliche Notrufbereitschaft: Telefon 116 117, von 18 Uhr bis 8 Uhr.

In dringenden Fällen: Telefon 112.
Krankentransport: für Patienten, die während des Transports Betreuung benötigen oder auf die Ausstattung eines Krankenwagens angewiesen sind, Telefon (0511) 192 22.

Nummer gegen Kummer: Telefon 116 111. Für Kinder und Jugendliche bei häuslichen Problemen.

Seelsorge-Hotline: Telefon (0800) 112017, täglich, von 14 bis 20 Uhr.

Weißer Ring: Außenstelle Hannover-Land, Telefon (0151) 55164772.

Frauenhaus24: Telefon (0800) 7708077.

Giftinformationszentrum Nord: Telefon (0551) 192 40.

Betreuungsnotruf: Kinderschutzbund Lehrte: Telefon (0160) 98123980, von 8 bis 19 Uhr.

Kinderhaus Regenbogen: Service für Familien (24 Stunden), Telefon (05136) 893256.

Kontaktbeamter: Polizeiinspektion Burgdorf, Telefon (05136) 88614124.

Polizei: Telefon 110.

KONTAKT

Ihr Lokalteil in HAZ und NP

Redaktionsleitung

Antje Bismark (bis)
Marktstraße 16, 31303 Burgdorf,
Telefon (0 51 36) 97 81 70,
Fax (0 51 36) 97 81 11,
E-Mail: antje.bismark@haz.de
antje.bismark@neuepresse.de
Sekretariat:
Telefon (0 51 36) 97 81 00

Redaktion

Joachim Dege (Jod),
Telefon (0 51 36) 97 82 10,
Anette Wulf-Dettmer (dt),
Telefon (0 51 36) 97 82 90,
E-Mail: burgdorf@haz.de
burgdorf@neuepresse.de
uetze@haz.de, uetze@neuepresse.de

Achim Gückel (ac),
Telefon (0 51 32) 5 06 48 11,
Oliver Kühn (ok),
Telefon (0 51 32) 5 06 48 12,
Patricia Oswald-Kipper (pos),
Telefon (0 51 32) 5 06 48 13,
Zuckerpassage 4, 31275 Lehrte,
Fax (0 51 32) 5 06 48 19,
E-Mail: lehrte@haz.de,
lehrte@neuepresse.de
sehnde@haz.de,
sehnde@neuepresse.de

Sport

Christoph Hage (ch)*,
August-Madsack-Straße 1,
30559 Hannover,
Telefon (05 11) 54 53 81 43,
E-Mail: lokalsport.nordost@haz.de
lokalsport.nordost@neuepresse.de

Regionalverlagsleitung

Thorsten Schirmer,
E-Mail: t.schirmer@madsack.de

Anzeigenverkauf Burgdorf, Lehrte

Rainer Schütte,
Telefon (0 51 36) 97 81 30,
E-Mail: r.schuette@madsack.de

Anzeigenverkauf Uetze, Sehnde

Katja Wolfram,
Telefon (0 51 36) 97 81 40,
E-Mail: k.wolfram@madsack.de

Verantwortlich für den Anzeigenteil

Günter Evert
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 80



Die Gegner der Logistiksiedlung haben vor der Mensa ein Protesttransparent aufgehängt.

FOTO: OLIVER KÜHN

Ratsmehrheit macht Weg für Delticom frei

Deutliches Votum für Logistiksiedlung im Gewerbegebiet Sehnde-Ost / Kontroverse Debatte / Bürgerinitiative protestiert

Von Oliver Kühn

Sehnde. Nach wochenlangen, kontroversen und teils emotionalen Diskussionen ist die Entscheidung über das umstrittene Gewerbegebiet Sehnde-Ost gefallen: Der Rat hat am Donnerstagabend mit großer Mehrheit für den Bebauungsplan gestimmt, mit dem nun die Ansiedlung des Reifengroßhändlers Delticom auf einem 90 000 Quadratmeter großen Grundstück auf den Weg gebracht werden kann.

Grüne stimmen dagegen

23 Ratsmitglieder stimmten dafür, sieben dagegen. Vor der Ratssitzung hatte die Bürgerinitiative (BI) gegen die Ansiedlung von Logistik noch einmal mit einem Transparent vor der Tür protestiert und „Schluss mit Sehnder Flächenfraß“ gefordert. Die wenigen ablehnenden Stimmen kamen aus unterschiedlichen Fraktionen. Nur die drei Mitglieder starke Fraktion der Grünen stimmte geschlossen dagegen, zudem zwei Vertreter aus der CDU-Fraktion, ein Vertreter der UFS (Unabhängig für Sehnde) sowie der AfD-Vertreter.

Der Besucherandrang war groß. Die Initiative, die eine Onlinepetition ins Leben gerufen hatte, die fast 1500 Sehnder unterzeichneten, hatte in den Tagen vor der Abstimmung noch einmal Druck gemacht. Der Öffentlichkeit und den Ratsmitgliedern hatte sie mit einem täglichen E-Mail-Countdown ihre Argumente dargelegt. Weil das Interesse absehbar war, hatte die Stadt wegen der beschränkten Plätze erstmals eine

Außenübertragung installiert. Eine Reihe von Rednern hatte die Schwierigkeit bei der Abwägung betont und ihre Entscheidung erklärt – und in Richtung BI betont, dass man auch andere Meinungen respektieren müsse.

SPD-Fraktionschef Max Digwa wies darauf hin, dass große Hallen wie von Delticom nicht mehr Fläche verbrauchen als viele kleine Betriebe. Denn der Reifenhändler dürfe nur 60 Prozent des Bodens versiegeln, kleine Betriebe dagegen 80 Prozent. Auch die Höhe der Halle sei mit 14 Metern nicht wesentlich höher als die 12,50 Meter der Mehrfamilienhäuser im Neubaugebiet Rethmar-West, zudem würde sie begrünt. Auch das Hauptargument der Gegner – die Zunahme des Verkehrs und den daraus resultierenden Folgen – sah Digwa nicht so. „90 Prozent der Fahrten gehen über die Kommunale Entlastungsstraße zu DPD nach Lehrte.“

Sein Fraktionskollege Edgar Bäckermann kritisierte seine Vorredner, die „offenbar kein gutes Kurzzeitgedächtnis“ hätten: „In der Drucksache aus dem Jahr 2018 steht explizit Logistik drin.“ Dem hätten auch Grüne und AfD zugestimmt. Dem widerspricht Wilfried Brauns (Grüne) allerdings vehement: „Dort war nicht von Logistik, sondern von der Ansiedlung von Gewerbe die Rede.“

CDU-Fraktionschef Klaus Hoffmann stellte klar, dass das Verfahren rechtskonform gelaufen sei, kritisierte aber, dass die erste Beratung in nicht öffentlicher Sitzung erfolgt sei. „Da gab es gravierende Fehler sei-

tens der Verwaltung in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit.“ Für kleinere Betriebe sei das Gewerbegebiet wegen der hohen Grundstückskosten aufgrund der aufwendigen Erschließung nicht attraktiv. „Sie zeigten schon vorher kaum Interesse.“ Eine Rückabwicklung, wie von der BI gefordert, hätte für die Stadt zu einem nicht absehbaren Imageschaden bei Investoren geführt.

„Flächenfraß schreitet voran“

Harsche Kritik äußerte Brauns (Grüne): „Der Stadt fällt nur Versiegeln ein, der riesige Flächenfraß schreitet unaufhaltsam weiter.“ Die Fraktion hätte sich durchaus kleine und mittlere Betriebe sowie Start-ups vorstellen können. Fraktionschef Günter Pöser relativierte die Aussage etwas. „Man könnte den Eindruck bekom-

men, in Sehnde wird alles zugebaut, aber es kommt ja nicht alles sofort, sondern es geht um einen Plan für die nächsten zehn Jahre.“ Allerdings sehe man an der Brache Keramische Höhe, wie schwer eine Nachnutzung werde, wenn ein Unternehmen aufgabe oder die Stadt verlasse.

FDP-Einzelvertreter Jonas Renz monierte die Doppelstrategie der Gegner, Logistik zugunsten kleinerer Betriebe abzulehnen. „Wenn man keine Flächenversiegelung will, dann auch nicht für kleine Betriebe.“ Er zweifelte zudem an, dass man neun Hektar Gewerbefläche mit Kleinunternehmen füllen könne. Bernd Ostermeyer (CDU) und Wolfgang Ostermeyer (AfD) lehnten den Bebauungsplan mit denselben Argumenten ab: Das Gewerbegebiet passe nicht in die Stadtmitte, sondern gehöre näher an die Autobahn.

Seit zehn Jahren wird diskutiert

Pläne für das Gewerbegebiet Sehnde-Ost gibt es schon seit mehr als zehn Jahren. So wollte dort anfangs die Firma Schneider Mineralöl aus Hannover neben dem Wertstoffhof auf einer Fläche von gut zwei Hektar eine Lagerhalle, eine Werkstatt und eine betriebseigene Tankstelle errichten. Damals ging es auch darum, wegen des geplanten Nachtbetriebs

höhere Geräuschpegel zuzulassen als zuvor – obwohl die Wohnbebauung dort näher ist als die in Rethmar-West zu den geplanten Hallen von Delticom. Dann war eine mögliche Ansiedlung eines Rechenzentrums im Gespräch, die sich aber auch zerschlug. Schließlich wurde Anfang vergangenen Jahres über die Ansiedlung eines Getränke-logistikers disku-

tiert, der eine 16 Meter hohe Halle bauen wollte. Doch auch dieser Interessent ist schließlich wieder abgesprungen. Im Januar vergangenen Jahres hatte die Stadt während der archäologischen Untersuchungen erklärt, dass es Interessenten für eine Niederlassung gebe, die von Lagerhaltung über Handwerksbetriebe bis hin zu Logistikbetrieben reichen. ok

Betrunkener will Wache nicht verlassen

Beamte greifen verletzten 56-Jähriger nach Unfall auf / Mann möchte nach Hause gebracht werden

Von Achim Gückel

Gretenberg/Lehrte. Mit dem Wort „renitent“ ist sein widerborstiges Verhalten noch unzureichend beschrieben: Ein 56-jähriger, stark alkoholisierte Mann aus Algermissier hat am späten Donnerstagabend für denkwürdige Szenen im Lehrter Polizeikommissariat gesorgt – denn er wollte von dort nur in einem Streifenwagen fortgebracht werden. Letztlich wurde ein Rettungswagen für ihn zum Taxi, und sein Tag endete in einem Krankenhaus. Die Geschichte begann gegen

23 Uhr in Gretenberg. Ein Anwohner hatte an der Straße im Dorfe bemerkt, wie der 56-Jährige auf einem Gehweg lag, neben sich ein beschädigtes Pedelec. Der Mann war offenbar gestürzt, hatte dabei eine Vielzahl von Schürfwunden erlitten und konnte sich nicht mehr allein helfen. Polizeibeamte unterzogen ihn einem Alkoholtest, der einen Wert von 1,84 Promille anzeigte.

Mann lehnt Taxi ab

Der Radfahrer wurde per Streifenwagen zum Polizeikommissariat gebracht, wo man ihm wegen des Verdachtes einer Trunkenheitsfahrt

eine Blutprobe abnahm. Die Beamten leiteten ein Ermittlungsverfahren gegen den 56-Jährigen ein und entließen ihn aus dem Gewahrsam. Dabei boten sie ihm an, ein Taxi zu rufen.

Doch das passte dem Algermissier gar nicht. Er sei in einem Streifenwagen nach Lehrte gebracht worden, also wolle er auch in einem Streifenwagen nach Hause fahren, forderte er standhaft. „Alle Erklärungsversuche, dass das nicht möglich sei, schlugen fehl“, heißt es in der Polizeimitteilung. Schließlich habe man den renitenten 56-Jährigen vor die Tür des Kommissariats

getragen und dort auf den Boden gesetzt.

Diesen Moment nutzte der Mann, um sich an den Beamten mit aller Kraft festzuklammern. Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von vier Polizisten gelang es, seinen Griff zu lösen. Dabei erlitt der Algermissier jedoch eine Verletzung am Ellenbogen – und musste deshalb per Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden. Zu dem Verfahren wegen der Trunkenheitsfahrt kommt für den 56-Jährigen nun noch ein weiteres wegen Widerstands gegen Polizeibeamte hinzu. tb

Auto überschlägt sich auf B 65

Ahten/Sehnde/Lehrte/Ilten. Auf der Bundesstraße 65 hat sich am Freitag ein schwerer Unfall ereignet. Zwischen Lehrte-Ahten und Sehnde-Ilten war gegen 7 Uhr ein 27 Jahre alter Fahrer eines Mercedes aus bislang ungeklärter Ursache in den Gegenverkehr geraten. Dabei kollidierte sein Wagen mit einem VW Up einer 21-Jährigen. Die Fahrerin des VW trug dabei schwere Verletzungen davon. Der mutmaßliche Unfallverursacher erlitt leichte Verletzungen.

Auto landet auf dem Dach

Durch die Wucht des Aufpralls überschlug sich der VW Up und blieb auf dem Dach liegen. Der Mercedes des 27-Jährigen stieß nach dem Zusammenprall mit dem VW frontal gegen eine Leitplanke. Ein Arzt, der zufällig an der Unfallstelle vorbeigekommen war, kümmerte sich bis zum Eintreffen der Rettungskräfte um die Erstversorgung der Verletzten.

Die Helfer brachten die beiden Verletzten in Krankenhäuser. Ein Rettungshubschrauber wurde alarmiert, er konnte jedoch ohne Patienten an Bord wieder abheben. Die Polizei sperrte die B65 wegen der Unfallaufnahme voll und leitete den Verkehr um die Unfallstelle herum. An beiden Fahrzeugen entstand ein Schaden von rund 20 000 Euro. tm



Durch die Wucht des Aufpralls überschlägt sich dieser Kleinwagen auf der Bundesstraße 65.

FOTO: CHRISTIAN ELSNER

Infomobil kommt in die Dörfer

Sehnde. Begleitet vom Kontaktbeamten der Sehnder Polizeistation kommt das Präventionsteam der Polizeiinspektion Burgdorf mit seinem Infomobil am Montag und Dienstag, 28. und 29. Juni, in die Sehnder Ortsteile. Die Beamten halten Broschüren mit Tipps zu Themen wie Schock- oder Betrugsanrufe, Sicherheit zu Hause und im Straßenverkehr bereit und übergeben interessierten Bürgern Fotos des neuen Dienstausweises der niedersächsischen Polizei.

Das Infomobil steht jeweils eine halbe Stunde an den einzelnen Haltepunkten. Das sind am Montag, 28. Juni, ab 9 Uhr Höver (Parkbuchten vor der Hannoverschen Straße 9), ab 9.45 Uhr Bilm (am Reuteranger gegenüber der Feuerwehr), ab 10.30 Uhr Ilten (vor dem Pfarramt an der Kirchstraße), ab 11.15 Uhr Wassel (vor der Feuerwehr an der Großen Kampstraße), ab 12 Uhr Müllingen/Wirringen (vor der Feuerwehr an der Ostlandstraße) und ab 12.45 Uhr Bolzum (vor der Feuerwehr, Am Mühlberg).

Am Dienstag, 29. Juni, steht das Infomobil ab 9 Uhr in Rethmar (am Bouleplatz an der Triftstraße), ab 9.45 Uhr in Evers (Parkplatz am Schützenhaus), ab 10.30 Uhr in Haimar (ehemaliger Contechnet-Parkplatz an der Kirche, Mehrumer Straße) und ab 11.15 Uhr in Dolgen (hinter der Kapelle). tb

GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

Skandal in Sehnde - aus Angst vor BLAMAGE und IMGAGESCHADEN ...

Sehnder Rat hat den B-Plan Nr. 355 für das Gewerbegebiet Sehnde-Ost beschlossen

Ein Skandal reiht sich an den nächsten und kaum jemand scheint es zu bemerken.

Auf welcher Grundlage der Sehnder Rat Entscheidungen von so massiver Tragweite wie Sehnde-Ost fällt, ist an Absurdität und Schrecken nicht zu überbieten.

Vor der Abstimmung hatten die einzelnen Fraktionen im Rahmen der Ratssitzung vom 24. Juni Gelegenheit, Plädoyers für ihre darauffolgende Entscheidung zu halten.

Was wir dort zu hören bekamen, war nicht nur erschütternd, sondern geradezu erschreckend.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD und CDU waren sich in ihrer Begründung des Entscheides einig. Denn sowohl Herr Max Digwa (SPD) als auch Herr Klaus Hoffmann (CDU) begründeten die überwiegende Zustimmung ihrer Fraktionen für den B-Plan unter anderem mit der Angst vor **BLAMAGE** und **IMAGESCHADEN**.

Als Beobachter könnte man nun vermuten, dies seien einfach ungeschickt gewählte Formulierungen und sie seien daher nur bedingt ernst zu nehmen. Aber wir als Initiatorinnen der Petition können Ihnen versichern, dass es sich hierbei um ernst gemeinte Äußerungen aus Reihen der SPD und CDU zu handeln scheint. Denn wir hörten diese Argumente bereits in den Fraktionssitzungen beider Parteien, in denen wir mit unseren Beiräten zu Gast waren. Politisch unerfahren wie wir sind, können wir diese Gedanken, rein menschlich betrachtet, nachvollziehen. Aber wir hätten uns niemals vorstellen können, dass Ängste wie diese tatsächlich die Entscheidungsgrundlage langjähriger und erfahrener PolitikerInnen bilden könnten. Es erschien uns einfach undenkbar, dass solche Entscheidungen auf dieser Basis getroffen werden ...

- fernab jeglicher Objektivität
- unreflektiert
- jegliches Maß an Evaluation vermissend
- jegliches Maß an Gewissenhaftigkeit vermissend
- neueste Erkenntnisse und Fakten ignorierend
- sich selbst und der politischen Ausrichtung ihrer Parteien **komplett** widersprechend

Herr Edgar Bäkermann (SPD) erinnerte die Ratsmitglieder an die einzelnen Entwicklungsschritte, die sich seit den vielen Jahren des Verfahrens rund um Sehnde-Ost ereigneten. Er richtete sich insbesondere an die VertreterInnen von Bündnis 90/Die Grünen und erinnerte auch daran, dass der Rat damals wohl einstimmig für die Entwicklung des Gewerbegebietes gestimmt haben soll. Er stellte in den Raum, dass einige der Ratsmitglieder, die sich nun gegen den B-Plan aussprechen, dies vergessen zu haben scheinen. Es hieß, spätestens als „**durchsickerte**“ (Zitat), dass sich ein Getränkelogistiker für die Fläche interessiere, sollte jedem klar gewesen sein, worum es ging.

„DURCHSICKERTE“?

Nachdem bereits Herr Klaus Hoffmann (CDU) in seinem Plädoyer deutlich machte, dass die Verwaltung in diesem Verfahren gravierende Fehler in der Informationspolitik gemacht habe und in Frage stellte, ob es richtig

GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

und angemessen sei, Bauvorhaben wie diese, in nicht öffentlichen Sitzungen zu behandeln, stellt sich erneut die Frage, wie schlecht es um die Informationspolitik im Sehnder Rathaus wirklich steht, wenn solch wichtige Informationen „**durchsickern**“ müssen statt öffentlich gemacht zu werden – **ein Skandal im Skandal!**

Ein Rätsel bleibt uns, wie diese Form der Informationspolitik möglich ist.

Es sei die Frage gestattet, warum sich die Verantwortlichen in den einzelnen Gremien nicht entschlossener dagegen wehren, wenn ihnen die Grundlage für gewissenhafte Entscheidungsfindungen genommen wird. Einige wenige haben es versucht – wir waren in den Sitzungen dabei und haben es erlebt. Die Reaktionen der Verwaltung waren haarsträubend und unbefriedigend. Zuletzt waren wir Zeuge im Rahmen der Sitzung des Fachausschusses Stadtentwicklung und Umwelt am 01.06., als bekannt wurde, dass die Stadt Sehnde eine städtebauliche Vereinbarung für das Gewerbegebiet Sehnde-Ost geschlossen hat. Kenntnis hierüber erhielten die Mitglieder des Fachausschusses einen Tag zuvor aus der Presse – **skandalös**. Als sich einige darüber beschwerten, erwiderten Verantwortliche der Stadt Sehnde, dass ja wohl jeder von ihnen wisse, dass die Stadt städtebauliche Vereinbarungen mit Geschäftspartnern eingehe. Das sei schließlich nicht neu und hinlänglich bekannt.

Dass jede Vereinbarung unterschiedliche Inhalte hat, spielt für die Verwaltung dabei keine Rolle?

Es ist selbstverständlich, dass ein Fachausschuss erwartet, über die Inhalte einer solchen Vereinbarung aktiv informiert zu werden. Wie sonst soll er seiner Verantwortung gerecht werden, wenn er Empfehlungen an den Rat aussprechen soll? **Ein weiterer Skandal!**

Skandalös finden wir auch die Art und Weise, wie in den eigenen Reihen des Rates mit jenen verfahren wird, die sich nach aktueller Faktenlage gegen den vorliegenden B-Plan Nr. 355 ausgesprochen haben. Sie werden öffentlich angegriffen und es entsteht der Eindruck, man werfe ihnen Illoyalität vor. Was daran zu verurteilen ist, wenn Verantwortliche evaluieren und ihre Meinung, den neuesten Erkenntnissen und Fakten entsprechend, ändern, bleibt ein Mysterium? Was Herr Bäckermann mit seiner Ermahnung bezwecken wollte, die er an jene Ratsmitglieder richtete, die gegen den B-Plan gestimmt haben, ist offensichtlich und dennoch so unfassbar.

„Das war schon immer so ...“

Auch die Begründung, man habe im Rahmen der Gewerbeflächenentwicklung schon immer mit der HRG zusammengearbeitet, macht die Sache im Kern nicht besser.

Es ist nicht entscheidend, wie lange man nach einem gewissen Grundsatz handelt. Viel wichtiger ist es doch, die **Sinnhaftigkeit** seines Handelns mit jedem Bauvorhaben erneut zu evaluieren.

Wird in Sehnde so agiert wie man es eben tut, weil es schon immer so war? Das ist dann die Rechtfertigung für Entscheidungen aller Art – ganz gleich ob sinnvoll oder wirtschaftlich? In der freien Wirtschaft wäre das der Todesstoß für jedes Unternehmen, das zum wirtschaftlichen Handeln gezwungen ist. Gilt das für die Stadt Sehnde nicht, da man hier „nur“ die Steuergelder der BürgerInnen verwaltet? **Ein weiterer Skandal!**

Als Sehnder Bürger, der hinter die Kulissen unserer Kommunalpolitik blickt, kommt man sich vor, wie bei den Schuldbürgern.

GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

Inwiefern es künftig zu mehr Bürgerbeteiligung in Sehnde kommen wird, wie von Herrn Hoffmann (CDU) gefordert, bleibt abzuwarten. Hier wird Bürgermeister Herr Olaf Kruse gefordert sein, den Worten von Herrn Hoffmann Taten folgen zu lassen und sich bürgernäher zu zeigen, als es vielleicht bislang der Fall war. Denn bürgernah haben auch wir ihn nicht erlebt. Uns ist bewusst, dass wir mit der Petition massiv gestört haben. Aber am Ende sind auch die Initiatorinnen der Petition und ihre Unterstützer BürgerInnen der Stadt Sehnde. Für ein persönliches Gespräch hätte es in den letzten Monaten viele Gelegenheiten gegeben. Offen dafür hat sich Herr Kruse leider nicht gezeigt.

Der Bürger ist kein Störfaktor. Er wählt die politisch Verantwortlichen in ihre Positionen. Man könnte meinen, der eine oder andere hätte das vergessen. Politik dient dem Volk. Ob das Volk hier immer weise entschieden hat, muss sich jeder selbst fragen. Klar ist jedoch, dass sich Teile der Bevölkerung bislang offensichtlich zu wenig eingebracht haben. Mit dem Gang zur Wahlurne ist es nicht getan. Auch die Bürgerschaft hat eine Verantwortung. Es ist zu wünschen, dass wir alle aus dieser Erfahrung gelernt haben und unserer Verantwortung künftig gewissenhafter nachkommen.

Die Argumente **PRO** Gewerbegebiet mit Logistik in Sehnde-Ost waren **schwach, widersprüchlich** und **teils nicht richtig**.

Zum Verkehr ...

Der Rat argumentierte, dass kleinteiligeres Gewerbe nicht weniger Verkehr verursache als ein großer Logistikkomplex mit einem Unternehmen wie z. B. Fa. DELTICOM und allen anderen potenziellen Nutzern der Fläche.

Wie belegt der Rat dieses Argument? Hat es jemals ein alternatives Konzept zum Logistikkomplex mit kleinteiligerem Gewerbe gegeben? Gab es ein, für diese Alternative entsprechendes, Verkehrsgutachten? Keines der Ratsmitglieder konnte das mit JA beantworten. Es gab keine Alternative und kein Gutachten dazu. Es wurde also eine Entscheidung getroffen, deren **Argumentation auf Vermutungen** basiert.

Und vergleichen wir Logistikunternehmen mit dem möglichen Verkehrsaufkommen, das mehrere, kleine Unternehmen verursachen würden ... - ja, auch kleinere bis mittlere Betriebe verursachen natürlich Verkehr. Aber liegt der Unterschied hier nicht auch in der **ART DES VERKEHRS**?

Wir erinnern daran, dass ein LKW die Straßen so sehr belastet, wie 160.000 PKW!
(Quelle: FIS – Forschungsinformationssystem „Infrastrukturschäden durch den Straßengüterverkehr“)

Die Folgen ...

- massive Umweltbelastung
- Verkehrskollaps
- Gesundheitsgefährdung der BürgerInnen
- unnötige, zusätzliche Kosten für Reparaturen der KES, die die Kommune zu entrichten hat

Neben dem Fehlen einer Alternative, vermissen wir bis heute die **Wirtschaftlichkeitsanalyse**, die ebenfalls niemand vorlegen konnte. **Desaströs ...**

GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen und auf die Absurdität der städtebaulichen Vereinbarung eingehen oder die Reduzierung des gesamtzulässigen Schwerlastverkehrs. All das sind Argumente, die in sich nicht stimmig sind.

Wie kann die SPD seit Jahren skandieren, Sehnde habe schon lange ein Verkehrsproblem (in der HAZ wurde in den letzten Jahren bereits mehrfach darüber berichtet) und nun für noch mehr **SCHWERLASTVERKEHR** in Sehnde sorgen? Die Lösung sind dann 30er-Zonen und Geschwindigkeitsmessanlagen, für die sich die SPD einsetzen will? Man kommt aus dem Staunen gar nicht heraus. Was für ein **Widerspruch!** Erst verschlimmert die Stadt ein seit vielen Jahren bekanntes Problem – allen voran die SPD – um sich im Nachhinein mit den Folgen und der Schadensbegrenzung auseinanderzusetzen? **Ein weiterer Skandal!**

Zur Flächenversiegelung und Grundflächenzahl (GRZ) ...

Der Rat argumentiert, dass die Grundflächenzahl im B-Plan für die Fläche GE1 (für den geplanten Logistikkomplex der Engler-Gruppe) von 0,8 auf 0,6 reduziert wurde und es somit zu weniger Flächenversiegelung käme als im Falle eines Konzeptes für kleine- und mittelständische Betriebe.

Das ist nicht richtig!

Das „Kleingedruckte“ macht hier den Unterschied. Denn in der textlichen Festlegung heißt es, dass für die Errichtung von Garagen, Stellplätzen mit ihren Zufahrten und Nebenanlagen im Sinne von §14 BauNVO die Grundflächenzahl bis zu der nach §17 BauNVO zulässigen Obergrenze von **0,8 ausgeschöpft werden darf**.

Hier ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 355

(Quelle: „355 Vorlage Sammeldokument“ vom 12.03.2021)



GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

6.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird für diesen Bebauungsplan durch die Festsetzung einer Grundflächenzahl (GRZ) und der maximalen Höhe baulicher Anlagen bestimmt.

Grundflächenzahl (GRZ)

Die zulässige GRZ wird für die einzelnen Gewerbegebiete differenziert festgesetzt.

Im südlichen Gewerbegebiet GE 1 sind aufgrund eines konkreten Bauvorhabens die - im Vergleich zu den Gewerbegebieten GE 2, 3 und 4 – höchsten Gebäude mit rd. 14 m zulässig. Deshalb wird in diesem Gebiet zum Schutz des Ortsbildes die GRZ auf 0,6 begrenzt. Damit die Errichtung von Stellplätzen und sonstigen befestigten Flächen nicht zu weit eingeschränkt wird, darf für die Errichtung von Garagen, Stellplätzen mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO die GRZ bis zu der nach § 17 BauNVO zulässigen Obergrenze von 0,8 ausgeschöpft werden.

Das Sankt-Florians-Prinzip

In der Presse wirft der ehemalige Ortsbürgermeister Jürgen Falkenhagen (SPD) den Gegnern des Logistikkomplexes vor, nach dem Sankt-Florians-Prinzip zu verfahren (Quelle: HAZ vom 23.06.2021) – nach dem Motto „Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus – zünd' and're an!“

Wie steht es um das Sankt-Florians-Prinzip, wenn sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Max Digwa in seinem Plädoyer erleichtert darüber zeigt, dass Fa. DELTICOM zu 90% über die B443 zum Mega-Hub nach Lehrte fahren wird? Sollen die Sehnder BürgerInnen jetzt froh sein, dass die Nachbarn in Lehrte viel stärker betroffen sein werden? Eine Frage der Zeit, bis sich die LehrterInnen beschweren werden und Fa. Delticom doch die Route über die B65 nehmen muss. Und an die Sanierung der KES denkt in dieser Stelle niemand der politisch Verantwortlichen? Mal abgesehen davon, dass sich auch hier die desaströse Informationspolitik der Stadt Sehnde erneut zeigt. Denn diese Information scheint für die Verantwortlichen neu zu sein und ergab sich erst im Rahmen des Besuches der SPD bei Fa. DELTICOM vor wenigen Wochen. **Ein Skandal und eine öffentliche Watsche für die Nachbarn in Lehrte. Man könnte sich „fremdschämen“ für solche Argumentationen.**

Zu den Steuereinnahmen ...

Auch hier sind sich die Vertreter von SPD, CDU und FDP einig – Sehnde braucht die Einnahmen aus Gewerbe- und Grundsteuer. Das ist auch völlig unstrittig. Fraglich ist jedoch, auf welches Pferd die Stadt Sehnde hier setzt. Als einziger Mieter ist bislang nur die Fa. DELTICOM bekannt - ein Unternehmen mit dermaßen hohen Verlustvorträgen, die Einnahmen aus Gewerbesteuer in den nächsten Jahren nicht erwarten lassen.

Die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von 8,4 Mio € entfallen auf Verluste der vergangenen Jahre bei der Delticom AG. Die Nutzung der **unverfallbaren Verlustvorträge** ist in künftigen Jahren aufgrund von erwarteten, positiven steuerlichen Ergebnissen wahrscheinlich. Das Ergebnis im Jahr 2020 resultiert hauptsächlich aus der Aktivierung latenter Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von 5,2 Mio. €, die Delticom künftig verwenden kann.

(Quelle: Geschäftsbericht 2020 Fa. DELTICOM – bewertet durch einen von uns beauftragten Wirtschaftsprüfer und Steuerberater!)



GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

Der Anteil der Grundsteuer, der für den Logistikkomplex vom Investor Engler-Gruppe zu entrichten ist, liegt bei lediglich 14%. Der weitaus größere Teil - die Gewerbesteuer mit 41% – ist von Fa. DELTICOM zu zahlen. Ob Fa. DELTICOM zahlen wird und kann, ist mehr als fraglich.

Eine Verteilung des Risikos von Steuerausfällen auf mehrere, kleine- und mittelständische Unternehmen wäre sinnvoller. Und hätte sich die Stadt Sehnde bereits vor vielen Jahren gewissenhafter mit der Konzeption dieser Gewerbefläche auseinandergesetzt, müssten die Ratsmitglieder nun nicht skandieren, dass die Grundstückspreise inzwischen so hoch seien, dass sie für kleinere Betriebe unattraktiv wären.

Ein Skandal, der bereits vor vielen Jahren seinen Lauf nahm!

Angst vor Blamage und Imageschaden und weil man es schon immer so gemacht hat ...

Das sind also die Entscheidungskriterien, nach denen der Großteil unserer politischen VertreterInnen – allen voran SPD, CDU und FDP – in Sehnde für ihre BürgerInnen Beschlüsse fassen.

Ein Vertrauensbruch par excellence, der die Bürgerschaft nur staunen lässt. Wir erwarten gespannt, wie es der Bürger seinen VolksvertreterInnen im Herbst an der Wahlurne danken wird.

Im Rahmen der öffentlichen Gremiumssitzungen ist es üblich, dass die Bürgerschaft zum Schluss das Wort an die Anwesenden PolitikerInnen richten darf – nicht so in der Ratssitzung vom 24.06. ...

Die Ratsvorsitzende, Frau Dr. Silke Lesemann, entließ die Ratsmitglieder in eine kurze Pause, bevor es mit dem nicht öffentlichen Teil weitergehen sollte. Erst als die Ratsmitglieder bereits ihre Plätze verließen, schien ihr aufgefallen zu sein, dass sie vergessen hatte, zu fragen, ob es noch Wortmeldungen aus der Bevölkerung gab. Mit einem Blick in die Runde beantwortete sich Frau Dr. Lesemann diese Frage mit „*Nein, wohl nicht.*“ selbst und schloss damit die öffentliche Sitzung.

Nachdem seitens der Politik vehement an den Respekt aller Beteiligten appelliert wurde, vermissen wir ihn an dieser Stelle, der Bürgerschaft gegenüber, ganz besonders. Wir hätten noch viel dazu zu sagen gehabt. Aber nachdem uns auf diese Weise das Wort genommen wurde, haben wir uns respektvoll und still zurückgezogen. Nach den Diskussionen der letzten Wochen ein befremdlicher, vorläufiger Abschluss dieses Verfahrens, der das Gefühl vermittelt, dass es einigen PolitikerInnen lieber ist, die Bürgerschaft nicht anhören zu müssen.

Wir verallgemeinern das nicht. Denn wir hatten auch sehr offene, angenehme und konstruktive Begegnungen mit manchen der politischen VertreterInnen. Dennoch sind wir mehr als erstaunt und in unserem Vertrauen in den Großteil der Kommunalpolitik erschüttert.

Es ist zum Beispiel unerklärlich, wie sich die Sehnder SPD geschlossen für den Logistikkomplex aussprechen und damit gleichzeitig von den Zielen und Grundsätzen ihrer Bundes-Genossen abspalten kann. Während sich die SPD bundesweit, unter anderem, den Klimaschutz auf die Fahne geschrieben hat, wird in Sehnde genau gegensätzlich agiert.

GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

Im Wahlprogramm 2021 der SPD auf Bundesebene heißt es:

„Umdenken, um das Klima zu retten“ – ist die SPD in Sehnde noch zu retten?

SPD Soziale Politik für Dich

[PROGRAMM](#) PARTEI MITM

UNSER PROGRAMM FÜR DIE ZUKUNFT

UMDENKEN, UM DAS KLIMA ZU RETTEN

Um Klimawandel, Artensterben und übermäßigem Rohstoffverbrauch entgegenzuwirken, muss sich die Art und Weise, wie wir in Europa leben, konsumieren und produzieren grundlegend ändern.

[Zum Wahlprogramm](#)

Artenschutz | Europa | Klimawandel | Wirtschaft

JETZT ENTDECKEN

(Quelle: Website der SPD <https://www.spd.de/zukunftsprogramm/#m78179>)

Erstaunlich ist es auch, dass rund um Sehnde ein Umdenken bereits eingesetzt zu haben scheint, wie das Beispiel der Stadt Laatzten zeigt. In einem Artikel der HAZ vom 30.06.2021 hat die Stadt Laatzten bekannt gegeben, dass es im Rathaus zwei Klima-Ansprechpartner gibt, die sich künftig um Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Laatzten kümmern werden. Diese seit 1. Mai 2021 eingerichtete Stabsstelle, die sich zwei Experten teilen, ist direkt an das Büro des Bürgermeisters angedockt, wie es in dem Artikel heißt.

„Wir sind als Stadt verpflichtet, etwas für den Klimaschutz zu tun und dies den Bürgern zu erklären“, wird Bürgermeister Jürgen Köhne (CDU) in dem Artikel zitiert.

(Quelle: HAZ vom 30.06.2021)

In manchen Belangen wirkt die Stadt Sehnde überfordert und ideenlos. Die Verwaltung hat es in Bezug auf Sehnde-Ost offen zugegeben. Man habe weder Mittel noch Möglichkeiten für die Entwicklung solcher Gewerbeflächen, hieß es. Der Skandal liegt im Umgang mit dieser Mittellosigkeit. Es wird an alten Strukturen festgehalten, die immer schon bemüht wurden – auch dies wurde offen zugegeben. Die Sinnhaftigkeit dieses Handelns scheint niemand der Verantwortlichen in Frage zu stellen. Zudem wird offensichtlich zu viel hinter verschlossenen Türen getagt, sodass selbst die Fachgremien uninformatiert bleiben und ihren Unmut darüber zum Ausdruck bringen.

Wie viele Skandale sind noch nötig, damit auch in Sehnde ein Umdenken einsetzt?

Wir möchten bitte nicht falsch verstanden werden. Wir stellen das Handeln der Stadt Sehnde nicht generell in Frage – das sei hier ganz deutlich betont.



GEWEREGEBIET SEHNDE-OST – PETITION GEGEN DIE ANSIEDLUNG VON LOGISTIKUNTERNEHMEN

Aber wir hoffen inständig, dass der Umgang mit Sehnde-Ost nicht beispielhaft für die Art und Weise der Arbeit der Stadt Sehnde ist. Denn das müsste uns alle in Sorge versetzen – Sitzungen hinter verschlossenen Türen, Gremiumsmitglieder, die nicht informiert werden, Handeln nach alten Mustern statt nach Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ist das das Sehnde der Zukunft? Ist das die Stadt Sehnde, die heute auch für die Generationen nach uns agiert?